

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 230.— Mr. Einzelverkaufspf. 20.— Mr. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Mr., für Reklamen 185.— Mr. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker

Spießbote

Z a g e s z e i f u n g f ü r d a s a r b e i t e n d e V o l k ,

Nummer 289.

Montag, 11. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Die Londoner Konferenz.

Erörterung der Schulden und der Reparationen.

V. London, 9. Dezember.

Die Konferenz der alliierten Minister tagte von 11½ bis 1 Uhr, trat um 6 Uhr wieder zusammen und vertrat sich um 6.45 Uhr auf Sonntag vormittag. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die alliierten Minister in eine vorläufige Erörterung der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden eingetreten sind. Wie Reuters Bureau erfährt, beschränkte sich die Erörterung auf die politische Seite der behandelten Fragen.

Die alliierten Premierminister sind heute mittag zur Konferenz von London in demselben Haus Downing Street 10 zusammengetreten, wo die alliierten Staatsmänner bereits so oft mit Lloyd George Verhandlungen gepflogen hatten.

Die Umgebung von Downing Street trug auch äußerlich die Zeichen eines großen Tages. Man traf dort die Vertreter der Presse der ganzen Welt. Eine dicke Volksmenge sammelte sich um den Eingang zum Ministerium des Außenfern, um der Ankunft der Delegierten beizuwollen. Zuerst trafen die Belgier Théunis und Jaspert ein. Gegen 11½ Uhr folgte ihnen dann der Mann, der allgemein mit der größten Neugierde erwartet wurde, nämlich Mussolini.

Mit sicherer Haltung entstieg er seinem Auto und man merkte leicht, daß er sich Mühe gab, einen ernsten und gewichtigen Eindruck zu machen. Auf seinem harten Gesicht lag kein freundlicher Zug.

Etwas später traf Poincaré ein und mit der Einfödigkeit und dem schnellen Schritt eines Geschäftsmannes, der es sehr eilig hat, verließ er sein Auto und eilte durch das Tor, ohne die anwesende Menge auch nur eines Blickes zu würdigen. Er schien nach außen hin den Ernst der kommenden Besprechungen widerzuspiegeln.

Die Londoner Ministerpräsidenten-Konferenz trug, ebenso wie die voraufgegangenen Besprechungen der alliierten Staatsmänner, unter Ausschluß der Deutschen Rätelichkeit. Am Sonnabend haben sich die hohen Herren insgesamt sechs Stunden über die Lösung des Reparationsproblems und die Frage der alliierten Schulden unterhalten. Erklärungen über den Gang dieser Besprechungen wurden nicht abgegeben. Die französische und englische Presse verhält sich deshalb abwartend. Die Unsicherheit selbst großer, sonst gutinformierter Blätter über den Stand der Lage am Sonnabend mittag ergibt sich aus einem Kommentar der "Times", den dieses Blatt der ersten Sitzung widmet. Das Blatt schreibt u. a.: "Das Problem der Erzielung von Reparationen ist eng verbunden mit dem Problem der Wiederherstellung der finanziellen Stabilität in Deutschland. Durch die unsichere schwankende Politik der Alliierten geht viel Zeit verloren, zahlreiche Gelegenheiten werden versäumt. In der gegenwärtigen Lage kann Deutschland regelmäßige Zahlungen nicht leisten; seine eigenen Finanzen müssen erst in Ordnung gebracht werden. Durch Gewaltmaßnahmen, durch Beschlagnahme von Gebietsteilen, von mineralischen Rohrsquellen kann vielleicht ein geringer Teil der geschuldeten Reparationen erlangt werden, aber nur auf Kosten der Zerstörung der Hoffnung auf allmäßliche Erlangung des vollen Betrags." — Also auch hier wird der Mangel an positiven Angaben durch einen allgemeinen Hinweis auf die Situation ersetzt.

Moratorium ohne Ruhrbesetzung.

Paris, 11. Dezember.

Nach offiziöser französischer Darstellung hat Poincaré in der ersten Sitzung der Londoner Konferenz folgende Vorschläge gemacht:

Deutsche Außenpolitik.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags besprach am Sonnabend in einer perikulären Sitzung zunächst Ostfragen, insbesondere die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die übrigen Oststaaten. Außer dem Reichsausßenminister sprachen zu diesem Thema Genosse Breitscheid und der frühere Reichsausßenminister Dr. Wirth, der bekanntlich mit Rathenau gemeinsam den Rapallo-Vertrag während der Konferenz in Genua unterzeichneten. Anschließend wurde über die allgemeine äußerenpolitische Situation debattiert. Der Reichsausßenminister gab eine gedrängte Übersicht über den Stand der Lage. Über die neuen Reparationsvorschläge an die Entente wußte er nähere Mitteilungen noch nicht zu machen, glaubte jedoch, Mitte nächsten Woche den neuen Reparationsplan in seinen Umrissen bekanntgeben zu können. Auch zur Frage der Reparationen sprach der vergangene Kanzler Dr. Wirth, der sich u. a. scharf gegen Helfferich wandte. Helfferich töbt nach wie vor gegen die Politik der verdeckten Vertragserfüllung, obwohl er ebenfalls von der jetzt regierenden Volkspartei den Beweis erlebt, daß schließlich jede Partei, die verantwortungsbewußt ist, und Verantwortung zu tragen hat, Erfüllungspolitik treiben muß und obwohl er auch heute noch nicht in der Lage ist, eine Methode anzuführen, die uns aus dem Elend herausführen kann, ohne daß wir die Reparationsverpflichtungen so gut wie möglich einhalten. Für die Sozialdemo-

Deutschland soll ein Moratorium für einen Zeitraum von möglichst zwei Jahren bewilligt erhalten, geltend für seine Barzahlungen. Die Sachlieferungen müßten in dieser Zeit, wenn auch in beschränkterem Maße fortgelebt werden. Gleichzeitig müßte die deutsche Regierung mit möglichster Belebung gesetzliche Maßnahmen ergreifen, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Ein Kredit von 500 Millionen Goldmark, ergänzt durch einen ebenso großen Betrag aus den Goldreserven der Reichsbank, soll Deutschland zum Zwecke der Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Zur Sicherung für die Ausführung dieser Reformen müßten die Alliierten den Anteil von 25 Prozent der Ergebnisse der deutschen Ausfuhr und gleichzeitig das Ergebnis der Zölle beschlagnahmen, sowie die Kohlengebiete an der Ruhr kontrollieren.

Poincaré soll erklärt haben, die englische Regierung wäre mit einer verstärkten Finanzkontrolle über Deutschland einverstanden. Sie akzeptiere auch die Beschlagnahme von 25 Prozent von dem Ergebnis der deutschen Ausfuhr und die Beschlagnahme der Zolleinnahmen, aber sie wäre nicht einverstanden mit einer sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes.

In der Nachmittagsitzung wurde die Frage der alliierten Schulden und ihr teilweise Ertrag zum Zwecke der Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen besprochen. Poincaré soll die Erklärung abgegeben haben, daß die englische Regierung bereit wäre, auch ohne die Entscheidung Amerikas abzumachen, eine Rückstellung der Summen, die die alliierten Mächte England beladen, ins Auge zu lassen, gegen eine entsprechende Rückstellung der sogenannten Obligationen, die nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 Deutschland übernommen hat.

Die deutschen Vorschläge für London.

II. Berlin, 11. Dezember.

Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufsichtsfähigkeit und der geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Reichsregierung zu Beginn der Londoner Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und um eine solche Lösung durch zweimäßige Vorschläge anzubahnen, in Aussführung der Note vom 14. November ds. Js. ein System von inneren und äußeren Maßnahmen zur Erörterung gestellt. Das dafür zu gewährnde Moratorium soll je nach der Höhe des Zahlungsergebnisses bis zu fünf Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wiederhergestellt werden. Der Ertrag der Inlandsanleihe soll ganz, der Ertrag der Inlandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte der Inlandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalttes dienen.

Paris, 11. Dezember.

Die vom Staatssekretär Bergmann im Londoner Auswärtigen Amt überreichte deutsche Note ist von den verbündeten Ministerpräsidenten geprüft worden. Die gesetzige Sitzung hat sich mit den in der deutschen Note enthaltenen Vorschlägen beschäftigt. Über den Inhalt dieser Note erfährt der "Temps" folgendes:

Deutschland schlägt vor, daß es ein Moratorium von noch nicht festgelegter Dauer, je nach dem Erfolg einer inneren Geldanleihe, die es zur Feststellung der Mark aufnehmen will, erhält. Wenn diese innere Anleihe Erfolg hätte, würde das Moratorium sofort ein Ende nehmen und die Reparationszahlungen sollten wieder beginnen; andernfalls würde man eine auswärtige Anleihe suchen.

Der Berichterstatter des "Journal des Débats" erklärt, daß die deutsche Note nach Abschluß des Moratoriums jährliche Zahlungen von ungefähr 1200 Millionen Goldmark anbietet.

Deutsche sprach Genosse Hermann Müller zur Reparationsfrage. — Der Auswärtige Ausschuß wird wahrscheinlich am Mittwoch erneut zusammengetreten, um von den neuen Reparationsvorschlägen der Regierung Kenntnis zu nehmen.

300 Milliarden für die Brotdversorgung.

SPD. Berlin, 9. Dezember.

Zur Sicherung der für unsere Volkernährung notwendigen Anfänge von Auslands- und Inlandsgetreide wurde ein vierter Nachtragsetat zum Reichshaushaltssatz für das Rechnungsjahr 1920, die Summe von 120 Milliarden Mark eingestellt. Zur Errechnung dieses Betrages war für die Auslandsläufe entsprechend dem damaligen Kurzstand die Summe von 400 Papiermark für eine Goldmark eingesezt worden. Infolge der ungeheuren Geldentwertung (eine Goldmark gleich 2300 Papiermark) reichen natürlich diese Mittel bei weitem nicht aus. Um aber für alle Fälle die Brotdversorgung sicher zu stellen, soll dieser Betrag auf 300 Milliarden erhöht werden. Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, Reichschaubauanweisungen in der genannten Höhe auszugeben, die aus dem Erlös beim Verkauf des Getreides gedeckt werden sollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist als 8. Nachtrag zum Reichshaushaltssatz dem Reichstag zugegangen.

Rund um London.

Dr. L. Lübeck, 11. Dezember.

Ein englischer Naturforscher hat sich vor einigen Tagen die Höhe gemacht, die Höhe des bekannten Londoner Nebels zu messen. 850 Meter mußte er in seinem Ballon hochsteigen, bis er die dichte ölig-gelbe Nebelschlucht unter sich hatte.

Bis in die Sitzungsräume der Londoner Konferenz der "Vier Ententeprößen" wird dieser Nebel höchstens nicht vordringen — obwohl Poincaré sich reichlich Mühe geben wird, seine drei Kollegen mit allen Mitteln französischer Phrasensucht zu umnebeln.

Vorläufig liegt über Downing Street der Nebel des Schweigens, des Auschlusses der Öffentlichkeit.

Das Wesentliche an dieser Neuauflage der unzähligen Reparationskonferenzen ist die Unwesenheit London Georges. Darauf sieht die Pariser Presse all ihre Hoffnungen. Die gefürchteten und sprunghaften Explosionen des bisherigen Wallers im weißen Löwenhaar drohen nicht mehr im Hintergrund. Nicht mehr braucht Poincaré zu fürchten, daß mit großer Eile der wildgewordene Lloyd George aufsteht, und alle schönen und milde gewebten Plangespünkte mit einigen harten Worten zerstreift.

Poincaré ist aus ganz anderem Holz geschnitten als sein Vorgänger. Er hat die Ruhe, die langsame Zähigkeit der Schotten; er wird nicht mit improvisierten Heißfeuerwerk brillieren, er wird nicht durch übertreibende Wendungen verblüffen; er wird deshalb auch nicht die beherrschende Rolle Lloyd Georges spielen. Trotzdem wird auch er, Poincarés großer Gegner sein; weil er es muß; weil auch er englische Politik treiben muß. Der Gegensatz zwischen Frankreich und England wird weniger flüssig vor der Öffentlichkeit sich zeigen als bisher — aber er wird nicht weniger tief sein. Solange Poincaré unter den flüssigenden Peitschenhieben des "Nationalen Blocks" wie ein Hund mit dem brennenden Reißgürten am Schwanz bellend und zähneknirschend durch Europa jagt.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Poincaré ist mit seiner Kunst zu Ende. Seit Cannes regiert er jetzt; Frankreich aber hat noch keinen Erfolg seiner Politik der harten Faust gesehen. Im Gegenteil, die deutschen Zahlungen, die unter Briand und auch im Anfang der Epoche Poincaré wenigstens tropfenweise flossen, haben allmählich ganz aufgehört. Deutschlands Finanzkraft ist erschöpft. Heute weiß man es: Ruhrbesetzung oder nicht, Deutschland wird vorläufig keinen Penny bezahlen.

Nicht nur die französische Politik ist am Ende ihres Lateins. Die Politik überhaupt liegt in ihren letzten Zügen. Mit politischen Mitteln ist nicht auszuhauen, was die gewaltige Wirtschaftskrise von 1914 bis heute zerstört und zertrümmert hat. Eine neue Epoche verlangt neue Mittel! Und wir stehen am Beginn eines neuen Zeitalters.

Baut die Wirtschaft neu auf — und die Politik wird sich von selbst einstellen! Das ist Loucheurs Ruf, Poincarés Gegners. Auch Loucheur gehört dem Nationalen Block an; aber er spricht für dessen gemäßigten Flügel, der von Anfang der nationalistischen Phrasen der Tardieu und Poincaré skeptisch gegenüberstand. Er ist der Stinnes Frankreichs; Krieg und Sieg haben ihm Millionen in den Schoß geworfen, und haben ihm in den Industriezentren des Nordens ungeheure Macht geschenkt. Loucheur ist Jude; und die Witblätter geben ihm gern das Gesicht Stinnes', dem er mit seinem dunklen Vollbart wirklich etwas ähnlich sieht.

Die wenigen objektiven Zeitungen Frankreichs, selbst Cailleux, werfen immer wieder die Frage auf: Wird Loucheur Poincaré stürzen?

Poincaré gegenüber sitzt noch eine unbestimmte Größe Mussolini. Die Londoner Blätterwidmen ihm lange Beschreibungen. Seine männliche Figur hat einen angetan, die neben dem häuslichen Poincaré Eindruck macht. Kontig, wie von Mönchsakete überschienen, leuchtet sein Gesicht hart und finster über seine Umgebung. Maske? Man weiß es nicht. Wahrscheinlich wartet Mussolini auf; er hat die Italiener viel versprochen, und soll wenigstens einiges davon halten. Niemand weiß zunächst, wie er das machen wird. Wahrscheinlich weiß er es selbst noch nicht.

Aber einen Vorteil hat der ehemalige Sozialist vor den andern. Er ist neu; er ist nicht mit Traditionen und Bedenken belastet wie die weißen Köpfe der anderen. Und mancher Erfolg wird ihm schon allein deshalb zufallen. Schon aus diesem Grunde wird Mussolini der Welt noch manche Überraschung bereiten. Bis auch er in das Geleise des Gestirnen, des zahnlos Erwogenen und Abgedroschenen eingebogen sein wird.

Gott segne das eisgraue Haupt der Tradition. Es hat die Welt zerstochen; und es sorgt dafür, daß sie nicht wieder ganz wird.

Auf Bonar Law und auf die Londoner Konferenz wird etwas einwirken, was in England viel selbständiger und stärker ist als anderswo: die öffentliche Meinung. Lloyd

Dollar 8500.

George veröffentlichte im "Daily Chronicle" und gleichzeitig in anderen großen Blättern der neuen und alten Welt eine Artikelserie über die französische Politik der Nachkriegszeit. Unangenehme Wahrheiten hält er darin Frankreich vor. Den Engländern werden dabei die Ohren nicht schlecht klingen. Jeder Engländer, der hören mag, wird die Erkenntnis aufgehen, daß das englische Volk von Frankreichs Regierung schändet mißbraucht wird; und daß es von seinen eigenen Führern in die Irre geführt wurde.

Die französische Politik führt zu einem deutschen Befreiungskrieg, so schreibt Lloyd George. Und die Zeit sei gekommen, wo den Franzosen gefragt werden müsse, daß in einem solchen Krieg die Sympathien Großbritanniens und Amerikas „offen auf der Seite derjenigen sein werden, die für die nationale Freiheit kämpfen.“

Leider sagt Lloyd George alles das erst jetzt, wo er nichts mehr zu sagen hat. Früher hinderte ihn daran die Tradition!

Aber auch jetzt werden die Artikel Lloyd Georges ihre Wirkung auf die englische und amerikanische Öffentlichkeit nicht verfehlten. Die französische Presse allerdings nennt ihn gehässig und blind einen „agent provocateur der deutschen Republik“.

Kurs Mussolini.

Aus Mailand wird uns geschrieben:

Mussolini wird in Italien wohl einstweilen am Ader ließen. Trotz der Geste der Verachtung gegen Demokratie und Menschenprinzip macht er zwei große Versuche, um wenigstens eine Art von demokratischer Legitimation vor dem Land zu erwerben.

Der erste Versuch besteht in der sozialistischen „Kortettur“ des Wahlsystems. Italien hat für das Parlament das Proportionalwahlsystem, während für die Gemeindewahlen ein System besteht, das im Hinblick auf die Notwendigkeit einer starken Regierung in der Verwaltung mehr auf die Schaffung einer starken Mehrheit abzielt. In den Gemeindewahlen trägt die Partei mit der höchsten Ziffer den Vorsitzenden an Sizien davon. So wurden bisher z. B. in Mailand etwa 80 Stadtvorstände gewählt, darunter 64 Sozialisten und 16 Vertreter anderer Gruppen. Bei den neuen Mailänder Gemeindewahlen, die am Sonntag (gestern, D. R.) stattfanden, weil in Mailand (und an verschiedenen anderen Orten) infolge der sozialistischen Revolte die alte Verordnung gesprengt wurde, wird das Bild diesmal sicherlich anders werden, zumal die Bürgerlichen von den Bourgeois bis zu den Fabrikanten einen Blöd gebildet haben. Mussolini hat nun für die Wahlen zum Parlament in Ablehnung an das Gemeindewahlrecht nur einen Vorschlag gemacht, der das Gemeindewahlrecht bis zur Karikatur verzerrt. Der höchste Partei sollen nach diesem Vorschlag, der, fasse das Parlament nicht darauf eingehen, einfach durch königliches Dekret verworfen werden wird, gleich drei Viertel der Stimmen des Wahlbezirks zugewiesen werden. Den Rest dürfen dann die anderen Parteien proportional unter sich verteilen. Ein Beispiel: ein Wahlkreis hat 20 Abgeordnete zu wählen und das Parteiverhältnis wäre etwa folgendes: 120 000, 110 000, 100 000, 90 000, 10 000 Stimmen. Dann bekommt die höchste Partei (der Fabrikanten natürlich, die auf den Wahlterror rechnen) 15 und die anderen Parteien mit zusammen 250 000 Stimmen nur 5 Abgeordnete. Auf diese Weise also will nun Mussolini eine falsche Mehrheit für das Parlament sichern.

Der zweite Versuch, die Fabrikantenherrschaft zu vertreiben, zielt auf die Einbeziehung der sozialistischen Gewerkschaften in die sozialistischen Syndicats nationali, die von dem Fabrikanten Rossini geführt werden. D'Annunzio spielt den Vermittler. In der Villa d'Annunzio am Gardasee beschreibt, — eine von der Regierung bestellte ehemalige deutsche Villa, die dem Dichter gehörte — fand vor Kurzem eine Zusammenkunft berühmter Gewerkschaftsführer, darunter der Generalstreikführer Sozietà del Gewerkschaftsbund und der sozialistische Abgeordnete Zanoni, statt. Nach dem Urteil der Polizei soll eine Konfrontation aller Gewerkschaften einberufen werden, um eine einheitliche Arbeiterbewegung auf nationaler Grundlage zu schaffen. Lanza, der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, der unlangt in der Kammer Mussolini davon erwartete, daß die Fabrikanten nicht wie die Oberschicht mit Brügeln, sondern mit

Wort und Totschlag das Volk heimgesucht haben, will von der Verminderung der sozialistischen Arbeiterbewegung nichts wissen. Er betont, daß es Threnpunkte für die Arbeiterbewegung gibt, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Die italienische Arbeiterklasse steht vor einer heißen Situation.

Um die beiden verschiedenen tatsächlichen Aussassungen zwischen

Kampf bis zum bitteren Ende und Anpassung wird auf beiden Seiten mit ehrlicher Überzeugung gekämpft.

Bayern und Ungarn.

SPD. Für unsere Monarchisten und sonstigen Reaktionäre gilt unter den deutschen Ländern Bayern schlechthin als das Muster von Sicherheit und Ordnung — so wie sie sie aussäßen. Dafür darf das Reich jetzt für Bayern auch zwölfe Millionen Mark Süße beschaffen. Für all die Kreise aber, die in den letzten Wochen nicht genug Peter und Paulus schreien konnten über eine angebliche Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Geheime zu Schutz der Republik, die doch lediglich die monarchistische Mordkette an Republikanern zu unterbinden suchen, ist das erschöpfte Staatsideal des Horthy-Ungarn von heute. Zu welchem Hort der Freiheit sich dieses Land unter der Säbel- und Willkürherrschaft einer zügellosen Offiziersherrschaft entwickelt hat, erkennt man mit Abscheu und Entrüstung aus einem neuen Gesetzentwurf „betreffend den gesteigerten Schutz der öffentlichen Ordnung“, den jüngst der ungarische Inneminister der Nationalversammlung in Budapest unterbreitet hat. Denach soll jeder, dessen Tätigkeit oder Verhalten vom Gesichtspunkt der inneren Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder der äußeren Politik bedenklich ist, des Landes vermeiden, unter Polizeiaufsicht gestellt oder in ein Arbeitshaus gebracht werden können. Unter Polizeiaufsicht gestellte Personen dürfen, so steht es der Gesetzeskunst vor, ihren Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis der Polizei verlassen und an öffentlichen Versammlungen nicht teilnehmen; ihre Korrespondenz, ihr Telegramm- und Telephonverkehr wird unter Kontrolle gestellt. In einem Arbeitshaus untergebrachte Personen sind mit einer ihnen Fähigkeiten entsprechenden Arbeit zu beschäftigen und „durch religiösen und moralischen Unterricht an arbeitsame und ordentliche Tätigkeit zu gewöhnen“.

Als für die Interessen des ungarischen Staates bedenklich galten solche Personen, aus deren Neuerungen die Behörden die Überzeugung haben, daß die betreffenden Personen mit auf den Untergang der Republik oder der reichslichen Ordnung gerichteten Schriften offenbar einverstanden sind; ferner Personen, die Handlungen beobachten, die anzeigen, daß das Geheim der Landes oder die katholische oder nationale Einheit zu gefährden oder an terroristische Vereinigungen teilnehmen; ferner Personen, die die Verfassung, das Unrecht des Staates oder der Nation, den Kredit, die Tradition des Staates und der Nation, das patriotische oder religiöse Empfinden verlegen, oder das Arbeiten der Behörden beeinträchtigen; ferner Personen, die zu innerpolitischen Zwecken ausländisches Geld jammeln, die öffentlichen Zustände des Landes ausführlich ungünstig darstellen oder bewußt unwahre Daten verbreiten, die anzeigen, daß die öffentlichen Zustände in einem ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen.

Demütigt wird Unzert der Begriff der Anerkennung der Persönlichkeit und der Freiheit! Aber die Herausdrückung des unzertlichen Staatsideals zum reaktionären Heiligen geht noch weiter. Dann im Interesse der öffentlichen Gewinnlichkeit. Erkrankung und Sicherheit soll jeder Staatsbürgер vom 18. bis 50. Lebensjahr in persönlichen Dienstleistungen herangezogen werden können. Zum Schutz der inneren Ordnung aber, falls außenpolitische Interessen des Landes dies erfordern, ist die Kontrolle des Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs gestattet. Die Gründung neuer Zeitschriften ist an die Konzession des Ministerpräsidenten gebunden. Die Funktion der periodischen Zeitschriften wird auf das Rechtliche des katholischen Betriebs erhöht. Der Minister des Innern ist berechtigt, Zeitungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zu verbieten, wenn sie die Interessen des Landes, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verletzen.

Wird dieser Gesetzeskunst Willkürkeit, so zieht Horthy-Uncarn die unverhohlene Herrschaft der brutalen Willkür nach. Gleich auf und kreift ihm mit dieser Verneinung der Freiheit, die in der Geschichte der Jahrhunderte mit wenigen Ausnahmen finden dürfte, selbst aus den Staaten europäischer Freiheit. Dennoch werden die Hitler-Garden in Bayern und die „nationalsozialistischen“ Truppenbündner in den östlichen Ländern des Reiches dem Kaiser-Uncars zuschreien, auch wenn sie selbst für sich und ihr Gesamtunterordnendes Treiben wollholste Freiheit in der Republik beanspruchen. Das deutliche Schutzeck, das es den beiden Rückschwierigkeiten ergeht, hat bedenkt keinen Eintritt in die persönliche Freiheit es füchte lediglich eine allzu erfolgreiche Mordkette unmöglich zu machen. In Unzen aber wird der einzelne nur noch zum Schild der herrschenden Klasse und Partei.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Die neugierigsten Frauen! Mußtümliche Komödie von Ermanno Wolf-Ferrari nach der gefeierten wichtigsten italienischen Operettenshow war die einzige Wurst eine Erholung und ein erlebener furchtbare Genuss, den kaum möglichkeit besitzende Theaterfreunde verloren ließen. ... Die grobe Unvollkommenheit in der Handhabung dieser Wurst, die uns wie eine unvermeidliche, heitere Landlichkeit entsprach, eine Landlichkeit, welche von den leichten Strahlen der Sonne verdeckt wird. Sehr und gern — man wird ja ausdrücklich zu Vergleichen mit Mozart gedacht — kein rothaar und doch einiges und knallig unvermeidlich diese Küsse unter sich, trugen mit partizipativem Humor die Stimmung und vermittelten mehrheitlich eine leichte und heitere Freude zu einem tragischen Motiv. ... — das Orchester rief und plauderte mit fast endloser Freude und Lebendigkeit ... ein leises Jubelrohr freigt empor. Und dieser leiser schreien und wohlbekannte Rutsch! Wie auch mir einiges Glück erarbeitet, so das Orchester seine Feuer! — Dergestalt kann die anstrengende, belustige Handlung; Bemerkenswerte Weisheit kann den Genußnarr amüsant streng und deren gehabtschönen Komödienstücken ausgeschlagen, die liebe Langeweile läßt ihnen keine Ruhe und sie finden die Männer — beim Turnen und leicht bewegten Weise. Aber wie eindrücklich diese in jede Silberne freihält etwas langatmig berausende Begebenheit unzähllich zu uns wird, und weiß jeder Tag der Begegnung eigen ist, das kann jeder hören sofort und ist ihm das unzählige Zeichen eines großen und unvergleichlichen Talentes. — Die exzessive Wiederholung hier wird in den Wiederholungen noch zu Leichtigkeit und höherer Selbstverständlichkeit gewinnen; der Stil würde etwas von der Eleganz und einer Siegfried-Komödie heren. Eine ganz aussergewöhnliche Leistung, die sich von vorherein in den Mittelpunkt stellt, was die Colomina des Giacomo Puccini-Doktor; mußtümlich und dorflebhaft gleich später traf die Schauspieler mit liebenswürdiger und förmter Rauhheit das Reheintheater; den ersten humor dieser Schauspieler. Auch dem Geigenmeister Stradella des Herrn Kießle ist zur Überraschung zu danken. Den beiden Damen waren noch Schauspielerin Maria, Elisa Stradella, und Marionette Birgit, die in einzelnen Darstellung und temperamentuell hervorragt erfolgreich tätig. Herr Beckhoff hat sich in der Rolle und sonst auch in der Rolle zu keinem Wiederholungen verleiten; mit humorvoller Dame zeitiges Herr Höller Regel und gern kann die komischen Schaus-

brüder. Die Bühnenleitung war bei Herrn v. Bongardt und der Tafelred bei Herrn Siegel in guten Händen. H.

„Der Troubadour“ von Verdi bewährt am Sonntag wieder seine oft erprobte Eintheatralität und keine Wuthung auf das eigene Herz. Seine Wiedergabe ist jedoch insofern unter der Wucht der Witterungsverhältnisse, als dadurch einige Stimmen ungünstig beeinflusst wurden, und weiter gab es mancherlei Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Beteiligten, die vielleicht durch den Stempel ein Proben entstanden sein dürften. Sein „Troubadour“ müßten sie eigentlich auch einmal ohne besondere Vorbereitung vorbereitet sein, da ja alle Künstler ihre Partien sehr oft geübt haben und sie eigentlich beherrschten sollten. Eine ruhige, gut durchgehende Leistung bot Frau Schachbach als Leonora, Herr Helmberg (Monica) konnte keinen kleinen Tenor besonders in der Szene glänzen lassen. Herr Scatich-Sanos (Leonora) hatte wegen Indisposition am Montag gegeben, entledigte sich im übrigen ihrer Aufgabe sehr aussergewöhnlich. Herr Kapellmeister Siegel, der manchmal die Zeitmaße so klar und sauber nimmt, daß kaum alle mitkommen könnten, heizte es garnicht leicht, den „Troubadour“ „bis zum letzten Durchgang“ zu bringen. X

Geiger Rudolf Pöhl. Im Sommerabend veranstaltete im Opernhaus ein hier noch unbekannter junger Geiger namens Rudolf Pöhl ein Konzert, das ein gutes Programm aufwies und mögliche Eintrittspreise vorschlug. Natürlich war es unter solchen Umständen leichter Zeit anders werden, denn der Unbekannte entstand nicht zahlreich bewußt. Aber das wird wahrscheinlich in Europa für ein Künstler, der bald bekannt sein wird, weil er wirklich etwas kann. Ja bei höherer Beherrschung der Technik, bei feiner, doch leisen und eleganten Bogenführung, noch mehr aber ist dem bejüngten Vortrag und der prächtigen Tongebung zeigte er sich als ein Künstler, der in die Meistergilde aufgenommen zu werden verdient. Das C-Dur-Konzert von Händel, Spezials D-Moll-Sonate Nr. 9 gelangen ihm ebenso schön wie des Bedeutens Erich Korngolds zweite Suite „Viel Lärm um Nichts“, oder Tschaikows Serenade, Beethovens Concerto-Dansez in C-Dur, Beethovens Feuerwerk und Tarantella von Sarasate, deren technische Schwierigkeiten er leicht meisterte. Weitere Zugaben wurden auf hörmögliches Verlangen gern gewährt. Herrn Pöhl darf man zum Stolz sagen: Es freut uns sehr, daß Ihre Bekanntheit gemacht zu haben! Nicht vergessen ist Weißauer Liegendorf, der ihm ein treuer Begleiter war. X

Offiziere und Kriegskräfte.

Wir teilen neulich mit, daß das Deutsche Reich insgesamt 46 630 verabschiedete Offiziere zu unterhalten hat. Es darf interessieren zu erfahren, welche Summen das Reich für die Befreiungsjahre auswirken muß. Unter Zugrundelegung des Befreiungsjahrs vom 1. Oktober 1922 erhalten ohne Gratifikationen und Kinder zu zählen: Leutnants 182 160 M., Oberleutnant bis zu vier Dienstjahren 233 564 M., mit mehr als vier Dienstjahren 273 284 M., Hauptleute bis zwei Dienstjahren 356 056 M., mit mehr als vier Dienstjahren 481 640 M., Majors 644 440 M., Oberstleutnants 783 208 M., Oberst 1 118 700 M., Generalmajor 1 475 100 M., Generalleutnant 1 778 046 M. und General 2 237 400 M. pro Jahr. Rechnet man von der Zahl der pensionsberechtigten 8100 Leutnants zwei Fünftel als Oberleutnant und berechnet man für jeden derselben ebenso für die Hauptleute den Durchschnitt der für die verschiedenen Dienststufen zu zahlenden Befreiungssummen, so erhalten nach den obigen Sätzen insgesamt an

4 860 Leutnants	855 Millionen Mark
3 240 Oberleutnants	821 "
18 000 Hauptleute	7 087 "
8 600 Majors	5 542 "
6200 Oberstleutnants	4 855 "
3 000 Oberst	3 356 "
1 700 Generalmajore	2 507 "
800 Generalleutnante	1 462 "
230 Generale	514 "

Summa 26 999 Millionen Mark.

Diese ungeheuren Pensionen von 26 Milliarden stehen zu den Renten der Kriegskräfte in seinem Verhältnis; dabei ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Offiziere vermögend ist oder einem Berufe nachkommt, während die Kriegskräfte nur zum Teil arbeitsfähig oder gar gänzlich arbeitsunfähig sind. Hinzu kommt, daß die pensionierten Offiziere fast ausschließlich eingeschworene Monarchisten sind, die durch Gehirnmoroskopien und dergleichen der Republik fortwährend Schmarotzer machen oder mit einem Teil ihrer Pensionen die deutsch-nationalen Propaganda fördern. Wer wird z. B. Herr Ludendorff die ungeheure Pension von 2½ Millionen Mark, die er, von der ihm sonst so verkehrt Republik unbekannt einheist, verbringen? Herr Hitler-Mitläufer und noch besser der jetzt hinter Schloss und Riegel stehende Kapitänleutnant Schröder werden hierüber sicher gute Aufschluß geben können. Diese Volksenergierung mit Mitteln der Republik muß um so aufreizender wirken, als von den im Reichshaus für 1922/23 einschließlich der Nachträge für Pensionen und Verjuraung an eimigen und fortlaufenden Ausgaben angeforderten 44,9 Milliarden Mark allein 27 Milliarden für pensionierte Offiziere Verwendung finden. Wenn kommt endlich das Pensionierungsgesetz?

Kommunisten und Böllische.

SPD. Berlin, 9. Dezember.

Vor längerer Zeit wurde bekannt, daß der jetzt zur SPD übergetretene ehemalige kommunistische Landtagsabgeordnete Graf - München Beziehungen zur rechtsextremen Organisation des Freikorps Oberland unterhalten hatte. Der Sozialdemokratische Verein München hat natürlich sofort nach Bekanntwerden eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis folgenden Wortlaut hat:

1. Der Landtagsabgeordnete Graf hat im Auftrage der Zentrale der KPD, deren bestehende Beziehungen zu Führern der Freikorps Oberland weitergelegt.

2. Graf hat von Josef Römer im Einverständnis mit der Zentrale der KPD 350 000 M. erhalten, deren Verwendung für die „Neue Zeitung“ einwandfrei festgestellt ist.

3. Die Zentrale der KPD war über die politische Linie des Abgeordneten Graf und die Herkunft der Gelder zur Wiederherausgabe der neuen Zeitung genau unterrichtet. Sie hat auch über die neue Zeitung, solange noch außen hin Graf ihr Herausgeber war, eine vollständige Kontrolle ausgeübt.

Über dieses Untersuchungsergebnis wird die sozialdemokratische Parteiorganisation eine endgültige Entscheidung treffen. Es geht daraus hervor — was Graf immer behauptet, die Kommunistische Partei aber bestreitet hat —, daß das Münchener Organ der Kommunistischen Partei von dem Gelde des deutschösterreichischen Schuh- und Truhnbundes unterhalten wurde, und daß Graf im Auftrage der Kommunistischen Partei die Beziehungen aufrechterhalten hat.

Das Darmstädter Urteil.

Darmstadt, 8. Dezember.

Die Verhandlung vor den Geschworenen wegen der Aufzehrung am 27. Juni, soweit sie den Abg. Dingeldey betrifft, wurde heute nach vierjähriger Verhandlung zu Ende geführt. Die Geschworenen beschließen für sämtliche Angeklagten die Schuldfrage bis auf den Angeklagten Wagner. Die Frage, ob er sich auch Gemahltäuglichkeiten gegen einen Kriminalwachmeister zuschulden kommen ließ, wurde verneint. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugeschillt. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von 1 bis 4 Jahren beantragt. Das Urteil hantete gegen die Angeklagten Doell und Feuerpal zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Friedrich 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Geyer 6 Monate Gefängnis, Wagner 8 Monate Gefängnis und Fuchs 1 Jahr Gefängnis. Strafverschwerung fiel ins Gewicht, daß es sich um einen schweren Landfriedensbruch handelte, daß die Angeklagten in der Drangalierung des Abgeordneten Dingeldey besonders hartnäckig waren und gegen diesen sowie gegen das Sachgegenstück ein brutales Verhalten an den Tag legten. Strafmildernd wurde in Rücksicht genommen, daß als erwiesen angesehen wurde, daß die Angeklagten unter dem Eindruck der Majenpsychose standen. Den Angeklagten wurde die Untersuchung angerechnet.

Mit diesen harten Urteilen vergleiche man den Spruch des Hallenser Gerichts anlässlich der Erhöhung zweier Arbeiterschreiter Pohl — freigesprochen. Herr Leutnant Hoppe — zwei Jahre Gefängnis. Die Gegenüberstellung spricht für sich und bedarf keines Kommentars.

Der Harden-Prozeß.

Zu dem am kommenden Dienstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts III beginnenden Prozeß gegen die Harden-Kommiliten ist auf Veranlassung des Verteidigung als Sachverständiger Zeuge für die publizistische Bedeutung Hardens der Hauptstelleleiter des „Berliner Tageblattes“ geladen worden. Seitens des Nebenklägers ist für die gleiche Frage die Ladung des Geschichtsprofessors v. Möllendorf beantragt worden. Die Angeklagten hatten übrigens gegen den auf Antrag Hardens vom Gericht verfügten Beschluß, Maximilian Harden als Nebenkläger zugelassen, Beschwerde beim Kammergericht eingereicht, die jetzt aber zurückgewiesen worden ist.

Arbeitszeit, Produktivität, Lohn.

Ausschüttung des ADGB.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner letzten Tagung, Ende November, vornehmlich mit den Problemen der Arbeitszeit, des Arbeitslohns und der Hebung der Produktion.

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes teilte der Vorsitzende Leipart unter anderem mit, daß aus den deutschen Gewerkschaften bisher 26 Vertreter zum Weltkongreß in Haag angemeldet worden seien. Das in der vorigen Ausschüttung verabschiedete Streikreglement hat auch die Zustimmung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes gefunden. Dieser hat es demit auch zu dem seingen gemacht.

Der Bundesvorstand hatte dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts eine Denkschrift hieß, die Verwendung der deutschen Sprache als dritte Motsprache des Internationalen Arbeitsamts überreicht. Allein weder bei den Verhandlungen im Verwaltungsrat noch in der internationalen Arbeitskonferenz fand sich eine Mehrheit dafür. Allerdings hat der Direktor des Amts in Aussicht gestellt, daß der Briefwechsel mit Deutschen von jetzt an in deutscher Sprache geführt werden soll. Dies könnte jedoch nicht als ein besonderes Entgegenkommen angesehen werden und deshalb auch keineswegs befriedigen.

Leipart verwies ferner auf die Notwendigkeit, daß die Verbände, die ihre Mitgliedsbeiträge noch nicht auf die durch die Erhöhung als zweckmäßig erwiesene Höhe von einem Stundenlohn in der Woche gebracht haben, dies so schnell wie möglich nachholen. Dazu zwänge die gewaltige Steigerung der Ansprüche an die Kasen der Verbände.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe treibt eine lebhafte Agitation gegen das Bestreben des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, eine Erleichterung des Nachbarverbots herbeizuführen, daß den Großbäckereien erlaubt sein soll, zur Herstellung von Großgebäck in drei Schichten von je 8 Stunden zu arbeiten, damit die vorhandenen Einrichtungen besser ausgenutzt werden können.

Die Aussprache über den Bericht nahm den ganzen ersten Tag in Anspruch. Man war allgemein der Ansicht, daß in den Gewerkschaften mit größter Sparfamilie gewirtschaftet werden müsse, daß aber namentlich die Gewerkschaftspresse zur Schulung der Mitglieder jetzt notwendiger sei als je, so daß den Verbänden nicht zu empfehlen sei, ihre Blätter seltener erscheinen zu lassen. Die Einschränkung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ und der „Betriebsrätezeitung“ des ADGB wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Ferner war der Ausschuß einstimmig der Meinung, daß das Internationale Arbeitsamt sich wegen Aussichten nicht an die einzelnen deutschen Verbände, sondern an den Bundesvorstand wenden müsse. Neben der Ablehnung der deutschen Sprache prüfte der Ausschuß sein lebhaftes Bedauern aus und stellte die Konsequenzen fest, die sich daraus für die deutschen Gewerkschaften ergeben.

Der Vertreter des Bäckerverbandes legte in längere Ausführungen den Standpunkt seines Vorstandes dar. Demgegenüber betonten jedoch sämtliche Redner, die zur Sache sprachen, die Notwendigkeit, daß dem Frühschoppen der Konsumgenossenschaften zu willkommen sei. Es handle sich nicht darum, daß die Bäckereien dauernd nur nachts arbeiten sollten. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß den Großbetrieben der Preisnachteil in Betrieb zur besseren Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen nicht unmöglich gemacht werden dürfe. Dagegen sei das Bestreben des Bäckerverbandes zu unterdrücken, die Wiedereinführung der Nacharbeit in Kleinbetrieben zu verhindern.

Nachdem der Bundeskassier Kube einen Überblick über die Lage der Bundeslosse gegeben hatte, bewilligte der Ausschuß nach längerer Aussprache dem Bundesvorstand für das letzte Quartal 1922 noch einen weiteren Beitrag von 3 Mt. für jedes Mitglied und für das erste Vierteljahr 1923 einen Beitrag von 7 Mt.

Die Verhandlungen über Produktionssteigerung und Achtfachttag siedelten der zweite Fortschritt der Grämmann durch ein Referat ein, das in großen Zügen die Wirtschaftslage kennzeichnete, die eine Hebung der Produktivität der Arbeit dringend erheischt. Die Unternehmer forderten zu diesem Zweck eine Verlängerung der Arbeitszeit. Daher die von ihnen mit vereinten Kräften unternommenen fortwährenden Angriffe auf den Achtfachtentag. Man habe erklärt, es sei verhältnismäßig leicht, den einzelnen Arbeiter zu Überstunden zu gewinnen, aber schwer,

mit den Gewerkschaften zu einer Regelung zu kommen. Der Vertrag rete man von einer von den Gewerkschaften betriebenen Nivelierung der Löhne, die dem fortgeschrittenen Arbeiter die Freude an der Arbeit nehme. Demgegenüber stellte der Redner fest, daß die Gewerkschaften mit der Steigerung der Produktionsmenge und -qualität in Deutschland durchaus einverstanden seien. Das sollte aber nicht heißen, daß sie den Achtfachtentag preisgeben und daß die Steigerung lediglich auf Kosten der Arbeiter erzielt werden solle. Als schweres Hemmnis der Produktionssteigerung hob Redner u. a. die von den Unternehmertariflisten betriebene Preispolitik hervor, die sich nicht nach der Leistungsfähigkeit der am besten eingerichteten Betriebe richtet, sondern nach den technisch rückständigsten. Man müsse schon verlangen, daß auch die Unternehmer ihren rechtlichen Teil dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Ferner sei eine Einschränkung der unproduktiven Kräfte zu fordern, die namentlich im Handel beschäftigt werden. Auch die Landwirtschaft müsse sich umstellen. Dadurch würden wir wesentlich unabhängiger vom Ausland als bisher.

In der Aussprache war man allgemein der Ansicht, daß unter allen Umständen am geleglichen Achtfachtentag festzuhalten sei. Bundesvorsitzender Leipart sah das Ergebnis der Aussprache zusammen. Die Produktionssteigerung sei notwendig. Die Vorwürfe, daß die Gewerkschaften gegen eine solche seien, seien unbegründet. Die Gewerkschaften könnten aber nicht der Auffassung zutun, daß eine Produktionssteigerung nur möglich sei durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften würden über Überstunden mit sich reden lassen, wenn nachgewiesen würde, daß eine vorübergehende Überbreitung der Arbeitszeit notwendig ist, wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hätten. Alle Tarifverträge bis auf heute enthielten Bestimmungen über Überstunden. Die Anordnung von Überstunden dürfe aber nicht der Arbeitgeber allein treffen, sondern nur gemeinsam mit den Gewerkschaften. Man müsse ferner im Auge behalten, daß das Gesetz nur vorübergehende Überstunden zulasse, und daß nur in wirklich zwingenden Fällen der Achtfachtentag überschritten werden dürfe. Es erscheine jedoch zweckmäßig, die Überstunden auftrefflich zu regeln als geistig. Den durch die Syndikats- und Kartellpolitik verursachten Produktionshemmungen werde der Bundesvorstand auf den Grund gehen. Die Gewerkschaften würden im Kampfe gegen die Beseitigung des Achtfachtentages nicht erhöhen, ebenso wie sie schon früher im jähren Ringen die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt hatten.

Ferner stand auf der Tagesordnung: „Lohnfragen (Soziallohn, gleitende Lohnskala)“. Leipart leitete die Aussprache darüber durch ein längeres Referat ein, worin er sowohl die gleitende Lohnskala als auch den sogenannten Soziallohn der Beamtenlohn aus den schon mehrfach in der Debatte erörterten Gründen ablehnte. In der Aussprache vertraten einige Redner eine gegenteilige Auffassung: der Ausschuß schloß sich jedoch der Auffassung Leiparts an.

Eine Sondersteuer auf die Konsumvereine: Ungerechte Verteilung der Umsatzsteuer.

Die durch Geldentwertung, Kapitalmangel und Warenknappheit stark bedrängten Konsumgenossenschaften machen unter Führung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Revisionsverbände alle nur erdenklichen Anstrengungen, um aus eigener Kraft durch die schon viel bewährte Selbsthilfe der Mitglieder die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. In den Generalversammlungen werden Mitglieder-Geschäftsanteile bis zu 6000 Mark und noch mehr beschlossen und alle Maßnahmen gutgeheissen, die der schnellen Stärkung des genossenschaftlichen Betriebskapitals zu dienen vermögen. Die Mitglieder leisten direkte Einzahlungen bis zur vollen Höhe der beschlossenen Anteile, sie bringen sie durch Ratenzahlungen bei der Haushaltung ein, tragen prozentuale Zuschläge auf den Warenpreis beim Einkauf und sehen sich der Auskäufung vom Warenbezug bei Verfehlungen aus.

Zu Unbehagen dieser Opferbereitschaft für die Erhaltung und den möglichen Aufbau der genossenschaftlichen Warenversorgung muß die schwere Belastung der Konsumvereine durch die Warenumsatzsteuer besonders als ein hartes Unrecht empfunden werden. Das umso mehr, als der private Handel bereits 10 Prozent der Umsatzsteuer hinterzogen hatte, bevor ihre Heraufsetzung auf

2 Proz. beschlossen wurde. Nunmehr aber hat diese Erhöhung das Ergebnis gebracht, daß gegenwärtig nur noch ein Drittel der Umsatzsteuer eingeholt wird, die übrigen zwei Drittel aber dem Reichssatz glatt hinterzogen werden. Durch diesen Umstand erweist sich diese in ihrer Art ganz rohe Steuer einfach als eine Sondersteuer für Genossenschaften, denn diese haben ihren stets offen liegenden Ergebnissen der Warenverteilung an ihre Mitglieder entsprechend die Umsatzsteuer auf Heller und Pfennig.

Aus allen diesen Gründen haben sich daher die Konsumvereine ihre Einkaufsvereinigungen, die Revisionsverbände an die genossenschaftlichen Zentralen, an die Regierungen und an die Mitglieder des Reichstages gewandt, um bei der nunmehr beginnenden Beratung des Landesteuergesetzes im Reichstag die Ablehnung der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. zu erreichen. Ferner wird verlangt, daß auch der bisherige Satz der Umsatzsteuer für die Genossenschaften, die den Geschäftsvorfahrt auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt, nur von dem Teil des Umsatzes erhoben wird, der den Einstandspreis der Waren übersteigt. — Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag werden diesen gerechten Forderungen Rechnung tragen.

Gegen die Grundstücksspekulation.

Das preußische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der jeden Verkauf eines bebauten oder unbebauten Grundstücks an In- oder Ausländer von der Genehmigung der Gemeindebehörden abhängig macht. In jedem Falle, in dem die Behörde die Verkaufsgenehmigung verhagt, erhält sie das Verkaufsrecht. Rechtliche Gezeuge bestehen schon seit langer Zeit in Hamburg und Sachsen. In Sachsen erhält die Gemeindebehörde ohne weiteres in jedem Falle, ganz gleich, ob der Verkauf genehmigt worden ist oder nicht, das Verkaufsrecht. Der Zweck dieser Gezeuge ist, jede Spekulation mit Grundstücken auszuschließen. Wie weit heute die Dinge auf dem Grundstücksmarkt gediehen sind, zeigen einige Zahlen: In Deutschland werden zurzeit von deutschen Staatsbürgern nicht nur einzelne Häuser, sondern sogar ganze Straßenzüge ausgelöst, lediglich zu dem Zweck, um sie bei günstiger Gelegenheit mit möglichst hohem Gewinn wieder veräußern zu können. Ganz besonders schlimm ist der Grundstücksanlauf durch Ausländer. Es wird behauptet, daß 12 Prozent aller deutschen Häuser für rund 350 Milliarden Mark, d. h. zu einem Fünftel ihres Realwertes, in den Besitz von Ausländern übergegangen sind. In Berlin sind während der letzten fünf Monate 8500 Häuser an Ausländer übergegangen. Ein Tscheche kaufte z. B. vor einigen Wochen einen Komplex von 90 Häusern mit einem Schloß. Von dem Sohn des jüdischen Ministerpräsidenten Paasch wird behauptet, daß er einige 20 Häuser in Berlin besitzt. Dieser Häuserverkauf an Ausländer bedeutet in der Regel nicht nur eine Verschleuderung großer Werte, sondern auch den Verfall der Häuser selbst, da die fremden Besitzer diese wohl ausnahmslos nicht gepflegt haben und sich auch nie darum kümmern werden. Es ist daher zu begrüßen, daß die preußische Staatsregierung sich entschlossen hat, den in- und ausländischen Grundstücksspekulanten das Handwerk zu legen. Hoffentlich macht der Gesetzentwurf in den nächsten Tagen zu.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

S. Dezember. 7. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	3331.65	3211.95
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	542.69	521.69
Kristiania	1 Kr.	1596.—	1511.25
Kopenhagen	1 Kr.	1735.65	1635.90
Stockholm	1 Kr.	2254.35	2144.62
Helsingfors	1 finn. Mk.	209.97	201.49
Rom	1 Lire	419.44	401.99
London	1 £	88184.87	8609.—
New York	1 Doll.	8829.12	8079.75
Paris	1 Frs.	591.01	568.57
Zürich	1 Frs.	1581.03	1506.22
Madrid	1 Pesetas	1291.76	1241.88
Wien	100 Kr.	11.47	11.22
Prag	1 Kr.	262.84	252.86
Budapest	100 Kr.	3.59	3.45

Wie war sie nur auf den furchtbaren Gedanken gekommen, daß Jon schuld an des Bruders Tod haben könnte?

„Ich war rein verdreht“, dachte Tine, und sie folgte hinzu:

„Wie mach ich es bloß gut?“

Unablässig beschäftigte sie diese Frage, und doch war sie viel zu schüchtern, um sich Jon gegenüber auszusprechen. Einmal versucht sie es, sich ihm zu nähern. Er saß am Tisch und gugte in die Zeitung, als sie hereinkam. Sie ging auf ihn zu, sah ihn ein wenig an der Hand und fragte: „Bist du böse auf mich, Jan?“

„Nein,“ sagte er kurz, entzog ihr seine Hand und ging rasch hinaus. Tine aber hatte ein Gefühl, als verlor sie ihren Mann auf Nimmerwiedersehen.

„Was mach ich bloß?“ dachte sie immer wieder und ihre Blüte folgten Jan unruhig vorwärts.

Er fühlte, wie ihre großen, dunklen Augen an seinem Gesicht hingen. „Jetzt siehst du mich wieder als Mörder an,“ dachte er, und schob seinen Teller zurück, stand vom Tische auf und ging hinaus.

„Ich halte es nicht mehr aus!“, sprach er zu sich selbst.

„Einer von uns muß gehen.“ Er fügte hinzu: „Ich muß gehen. Ich bin der Mann; ich werde schon in der Welt vorwärtskommen.“

Tine rang oft die Hände, wenn sie allein war. Was sollte das werden? Von Tag zu Tag entzog sich Jan ihrem Einfluß mehr. „Den du heiratest, den behalte du nicht!“ tönte es ihr durch den Sinn. Was soll ich tun? fragte sie.

„Schane!“ antwortete eine Stimme in ihrem Innern. Schane! In diesen Gedanken klemmerde sie sich in ihrer Not. Schane, die allein konnte ihr helfen. Die Karten würden ihr die Zukunft entzählen. Und wenn sie erst den Weg wußte, dann würde sie ihn auch gehen, denn die Karten sagten wahr.

Immer mehr vertiefte sie sich in ihre Gedanken. Schane! Immer seit Jahren nicht mehr hierhergekommen. Schreiben oder ihr Briefe schicken konnte sie nicht, nein, sie mußte zu ihr gehen. Sie mußte einen Ausweg finden.

Unter dem Vorwand, eine alte Schulfreundin zu besuchen, machte sie sich nach Ramstedt auf. Sie packte in einen kleinen Handkorb einen Kopf Butter und ein Stieg Eier, dazu einen selbstgedekneten Knochenstrudel.

Es war schon recht fall draußen; der Späherblitz leuchtete ein. Tine schritt rasch vorwärts, als fürchtete sie, nicht schnell genug zu ihrem Ziel zu kommen. Der weiße Weg, das rasche Gehhen war ihr ungewohnt. Sie hatte glutrote Wangen, als sie bei Schane eintrat; einen Augenblick später jedoch waren sie weiß wie die gesalzte Wand in Schanes Stube.

Fortsetzung folgt.

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Gidde.

36. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

So sprach Jan Thomsen. Dann ging er, ohne sich noch einmal umzusehen, aus der Tür.

Tine hatte jedes Wort in sich aufgenommen. „Gott sei Dank!“ Wie ein erlösender Seufzer klang es von ihren Lippen.

Dann legte sie den Kopf zur Seite und schloß die Augen. Sie war erschöpft und müde; als die Binnendurst von Jan geschütt, ins Zimmer trat, war sie bereits fest eingeschlafen.

In Jans Herz schritten Zorn und Entsetzen. Er hielt es nicht im Hause aus. Mechanisch nippte er an seiner Kaffeetasse, die aus dem Küchentisch für ihn eingeschenkt stand. Dann nahm er die Mühle vom Haken und ging durch die Stadttür hinaus ins Freie.

Er war ein klarer, kühler Herbstnachmittag. Die frische Luft wußte angenehm die heiße Stirn des erregten Mannes. Er wünschte nur, daß es schon dunkel wäre, damit ihn niemand sieht, damit er seinen Gram und seine Schande verborgen könnte.

Jan Thomsen ging die Treppe entlang hinten ums Dorf herum, wo man die Häuser vor hinten sah, wo die grauen Weiden in den Siedzug hingen. Hier würde ihm niemand begegnen, dem er Reue stehen möchte; hier war er mit sich allein.

Er war an des Kantors Haus vorbei gekommen. Ein frischer, saurerlicher Duft wie von reisem Obst wehte zu ihm herüber. Er stand still. Oh, er hineingegangen, ob er Fraulein alles sage und sich von ihr Rat holte? Aber was sollte er ihr sagen? Dass kein eigenes Weib für einen Mörder hilft?

Er ging weiter. Er drückte die Mühle in die Stirne und schlug den Rocksaum hoch. Allmählich wurde sein Blut ruhiger; seine Schritte mäßigten sich.

„Also das war es,“ dachte er voll Trauer und Ergrimme. Deshalb ihr schütes Wesen, ihr Ausweichen, ihr Entschwinden, wenn ich sie in den Armen hielt. Das war es, was uns jahrelang trennte, über das keine Brücke hinüberführte. Für einen Mörder hielt sie mich, der ich keinem Tier ein Leid tun kann. Jahrtausend hat dieser Gedanke sich in ihr festgelebt. Sie hat ihn gehabt Tag und Nacht. Wird das künftig anders sein? Nein! Wenn der Glaube auch auf Augenblide gebannt ist, er wird wiederkehren; es wird sich nie ganz verschwinden lassen. Sie wird mich stets als den Mörder meines Bruders ansehen.“

Er schaute auf. Tiefer drückte er die Mühle in die Stirne. „Um was es, als ob er schon als Mörder öffentlich gebrand-

Freistaat Lübeck.

Montag, 11. Dezember.

Winter vor der Tür.

Die Skunks-, die Nerz-, die Nutria-Pelze haben schon Hochaison. Damen schwelgen im Glücke ihrer äußerlichen Schönheit und die Herrenwelt begeistert sich an der Pracht der Kostbarkeiten. Man hat das Gefühl, als seien wir Deutsche ein reichbegütertes Volk, und alle Pelzträgerinnen und -träger täuschen sich über das positive Elend hinweg, etwa wie ein bankerlanger König. Die Welt muss sich selbst täuschen, um bei guter Gesundheit zu bleiben.

Noch haben wir im Zimmer wonnige Wärme. Zene Wärme, die Einheiten gebrauchen, um sich wohl und mollig zu fühlen. Draußen geht ein eisiger Wind, so wie der Winter ihn aufzuweisen hat und Täufende frieren im Gegenfaz zu dir und mir. Das ist kein hygienisches Leben, das jene führen, das sind die Spuren einer zerstörten Zeit. Rerrissen sind die Recken ihrer Kleider und in Stücke gerungen ist das arme gequälte Geist der Obdachlosen, der paroxys. Der Winter ist da, und graues Unheil wundert wie ein hohlungiges Nachtfabrik durch die Straßen der Großstadt, während Pelzverkäufer die frische, kalte Luft als gesundheitsförderndes Mittel betrachten.

Die Schaufenster grinsen vor Wohlbehagen... Das sind die Berge der Glückseligkeit... Warne Stoffe, Kleider. Männel, Pelze! Und geschickt geschichtet tausend Magenherlichkeiten... Gibt es eine Not und wo ist das Entsezen? Leierkastenton! Zwei Töne fehlen... Die Lunge des Instruments ist rissig, genau wie beim Besitzer. Fließ den Leierkasten, fließ den Bettler! Der Wind weht scharf und die Wollenschwaden jagen davon; der Wind schlägt die fastemordene Brust des Mannes und quält Gejagt und Hände mit seiner rücksichtslosen Peitsche... Ein Bein von Fleisch und ein hartes, hölzerne! Der Magen knurrt und revolutioniert. Einer aus dem Hyl des Elends. Mensch!... Wärme. Imbiss... Das Wenige nur... man ist genügsam wie der Hund an des Reichs Tür... Der Winter lourert hinter der Ecke: die Menschen reden schon von der stillen Nacht, von der heiligen Nacht... sie rüsten mit Bienenfleisch...

Und Frauen und Männer in weichem Pelz gehen vorüber wie des Glücks Aussermählte. Was liegt ihnen an den anderen? — Und durch den winterlichen Herbstabend tönt der Leierkasten mit der zerfetzten Lunge...

Lübecker Teuerungsäffern. Nachdem die Teuerungswelle in der zweiten Hälfte des November sich bedeutend abgeschöckt hatte und einige Markenpreise schon im Pfosten bearbeitet waren, haben die Kreise in der ersten Dezemberwoche wieder stärker angezogen. Nach der vom Statistischen Landesamt auf Grund der Erhebung am 6. Dezember für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung vorgenommenen Berechnungen beträgt die Lübecker Teuerungszahl 52 666 Mark gegen 41 941 Mark in der Vorwoche und 36 884 Mark des Novemberdurchschnitts. Das bedeutet eine Steigerung von 25,6 % gegenüber dem 29. November und von 48 % gegenüber dem Durchschnitt des Vormonats. Die iernach berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zur Kriegszeit stellt sich auf 65 408, das ist also 65-fache.

Deutsche Notgemeinschaft Lübeck. Unter den freien Gewerken haben sich auch die andern Arbeitnehmerorganisationen eingehend mit der Notgemeinschaft beschäftigt und es ist nun darum zu rechnen, dass die ganze Lübecker Arbeitnehmerchaft sich an den großen Hilfswerk dieses Winters beteiligen wird. Die Beamten und Behördenangehörigen werden nicht hinter den Arbeitnehmern der Grindbetriebe zurückstehen, die Beamten- und Poststellenanhörige haben bereits ihre Mitglieder zu öffentlicher Hilfe aufzufordern. Ferner haben die Genossenschaften ihre Beistung geschlossen. Bei der Sammlung der Kaufmannschaft in große Beträge gezeichnet und zum großen Teil bereits eingegangen. Um einer Entwicklung der einzelnen Betriebe zu entgegenkommen, hat die Notgemeinschaft große Wareneinfüsse eingeföhrt. Es ist daran Hoffnung vorhanden, dass es gelingen wird, allerklügsten Not Herr zu werden dank einzügigen Zusammenhangs aller im Erwerbsleben stehenden Kreise. Verhöhnung aber ist, dass jeder an seiner Stelle und nach seiner Fertigkeit in den nächsten Monaten sein Bestes tut. Deutsche Notgemeinschaft Lübeck.

Die Meiereiverhände Schleswig-Holsteins bestreiten die fiktiv durch die Presse geangene Nachricht, dass in Hamburg große deutsche Butter mit Ausfuhrberechtigung nach Amerika verden worden seien. Die mit dem Dampfer „Orbita“ im November verlasteten 900 Fahrt Butter seien dänischen Ursprungs gewesen. Solche Ladungen erfolgten öfter. Auch mit den wöchentlich im Kuhmörder Hafen zur Verladung gelangenden Butter seie es eine einfache Bewandtnis. Die Reedereien kauften als Vorstand für die Passagiere und die Beladung ihrer Dampfer reisefähige Butter, die zum Teil in Fässern, zum Teil in Tüten in Kisten verpackt seien, durch Paketen an Bord gefüllt werden. — So sagen die Meiereiverhände.

Zeichen der Not. Von der Polizeidirektion Bremen ist dem fiktiven Polizeiamt folgendes Schreiben zugegangen: „Erwerbs-! Zieht nicht nach Bremen. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind groß. Industrie, Schiffahrt und Häfen bieten keine Arbeitsmöglichkeit.“

Schwurgericht.

Am Sonnabend war der 34jährige Arbeiter Bert Ohs aus Gotenburg angeklagt. Ihm wird zur Last gelegt, in Nacht vom 6. zum 7. August d. J. in der Fischgrube gemeinsam mit einer anderen Person dem Zuschneider Nürnberg Briefstücke mit Legitimationspapieren und etwa 1000 Mark Goldkram entwendet zu haben. Der Anwaltshilfe leugnet die Tat. Die Anklage wird vertreten durch Staatsanwalt Dr. Meyer. Der als Belastungszeugen nommene Zuschneider Nürnberg behauptet bestimmt, in dem angeklagten den Täter wieder zu erkennen. Von seiner Vogelstimme wird dem Angeklagten ein durchaus gutes Zeugnis ausgestellt. Der Staatsanwalt stellt fest, dass kein klarer Beweis liegt, ob der Täter gewesen ist, und überlässt deshalb die Haftung der Frage, ob der Angeklagte bei dem Raube bestigt war, dem Geschworenen. Diese vertreten die Schuld, worauf Dr. freigesprochen wird. Die Kosten werden Staatskasse auferlegt.

Im zweiten Halle hatte sich die Modestin Auguste Wulf Meineides zu verantworten. Verteidiger ist Rechtsanwalt Focke. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit wird die Defense

fentlichkeit während der Beweisaufnahme ausgeschlossen. Die Angeklagte ist 28 Jahre alt und hat ein 1½-jähriges uneheliches Kind. Bei der Einführung von Alimenten im vorigen Jahre soll die Angeklagte bei der Vernehmung als Zeugin einmal am 22. Mai vorigen Jahres einen Meineid und dann am 3. Juli einen Falschein aus Falschheit geleistet haben. Den Geschworenen werden zwei Hauptfragen und mehrere Nebenfragen vorgelegt. Die erste Hauptfrage, am 22. Mai willentlich einen falschen Eid geleistet zu haben, bittet der Staatsanwalt zu bejahen; die zweite Hauptfrage, am 3. Juli aus Falschheit einen falschen Eid geleistet zu haben, zu verneinen. Nach fast zweistündiger Beratung wird erneut unter Aushilfe der Deutlichkeit in die Beweisaufnahme eingetreten, um die zweite Hauptfrage mehr zu klären. Beide Hauptfragen werden von den Geschworenen verneint, da gegen die Hilfsfrage, ob die Anzeige im ersten Falle fälschlich ausgesagt hat, bejaht. Das Gericht spricht die Angeklagte frei. Der Vorsitzende begründet den Freispruch damit, dass die Angeklagte nicht wegen Fälschheit verurteilt werden könne, da sie später den Eid berichtigte habe.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte! Arbeitsgemeinschaft Dreger! Der Unterricht am morgigen Dienstag fällt aus.

Stadttheater. Dienstag, „Benthos“ von Koest. Mittwoch nachmittag 3 Uhr zum ersten Male das Schlemmin Märchen: „Prinzessin Huschewind“. Die Preise für das Märchen sind von 60.— bis 250.— Mk. Abends: „Die neugierigen Frauen“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Ausfallgarantie für das Stadttheater, die im Juni 13 Millionen Mark betrug, reicht bei weitem nicht aus. Der Senat beantragt daher bei der Bürger-schaft, den Fehlbetrag in Höhe von 79 Millionen Mark zu decken.

Husum. Die Naturalierpacht verdrängt die Pacht-preisbezahlung in barem Gelde fast ganz. So wurde bei den nachgehenden großen Verachtungen des Gasthauses zum Ritter St. Jürgen in Husum und der Südermarsch-Kommune nur noch nach Fleischpreisen, Notierung für beste Qualität im Herbst 1923, verwacht. Für den halben Hektar wurden bis zu 415 Pfund Rindfleisch bester Qualität erzielt. Auch die Jagdnutzung wurde nach Naturalienpacht berechnet. Für die Jagdnutzung des rund 110 Hektar großen Vorlandes vor dem Simonsberger Kotte erhält der alte Wächter, der Klub Seebund, Husum, die Jagdnutzung für 40 Kilo Roggen jährlich. Vor dem Kriege betrug die Pacht 75 Mark jährlich. — Die Leute verstehen zu rechnen.

Seide. Großseuer. Am Freitag nachmittags stand plötzlich das erste Wirtschaftsgebäude des Hochseikers Michmann in den drei Kilometer von Seide entfernten Oberwisch in Flammen. Es wurde mit seinem gesamten wertvollen Inhalt vollständig vernichtet. Leider sind ein Füllen, 14 Rinder und acht Schweine den Flammen zum Opfer gefallen.

Schwerin. Verbot der Monarchisten-Garde. Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Lande Mecklenburg-Schwerin verboten; ihre im Lande Mecklen-

Lübecker Blattwirtschaftsbetriebe.

Eine notwendige Erinnerung.

Im Anfang war die Tat! Des Magisters Dr. Faustus Lippen entwoll die Weisheit. Sie gilt heutz noch: sie wird immer Grundgedanke menschlichen Tuns sein und bleiben. Aber wenn wir in unserer Zeit schwerster Not so nach zweifelndem Gemüte begreifen, will uns oftmales scheinen, als ob die Arbeit, die Tat unserer alten und zum Teil verstorbenen Genossen gering bewertet oder gar ganz vergessen wäre. Und doch ziehen wir heute an den Gütern, die sie geschaffen haben. Würde uns die Sorge ums Leben nicht so ganz gefangen nehmen, wie ganz anders wäre das Urteil vieler. Mit welchem Stolz würden sie auf die milksam von lächelnden Arbeitern errichteten Werke blicken. Wir wollen keinem Unrecht tun. Die weitauß größte Zahl der Lübecker organisierten Arbeiterschaft ist sich ihres genossenschaftlichen Besitzes wohl bewusst. Sie ist unermüdlich tätig, ihn zu erhalten, zu festigen, zu mehren, eingedenk des Wahrwortes, das nur Einigkeit stark macht. Es gab immer Mitmenschen, die sich die Segnungen der Zeitgenossen ohne eigenes Nutzen nutzbar machen. Manch einer kam zu der Erfahrung, dass eigene Unzufriedenheit oder gar passives Beiseitestehen dem Fortschritt hindernd im Wege steht und nur tätiges Mischaffen dem einzelnen wie der Gemeinschaft dient. So wurde Lübecker Arbeiterschaft im Laufe der Jahrzehnte groß und stark, so nur konnte sie dem Unternehmerismus nachvoll entgegentreten und so nur schuf sie sich wirtschaftliche Wachtmittel von zwingender Größe. Wir wollen an einem Rundgang durch unsere genossenschaftlichen Betriebe: Genossenschaftsbäckerei, Konsumverein, Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft und Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft diese Worte durch Taten beweisen. Mögen sie Zweifeln und absichts Stehenden ein Beispiel sein, mitzutun am großen Werk gemeinnützigen Menschheitsstrebens, wirklich aufbauender Tätigkeit.

I. Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei.

Die Herren von der ehrenamen Meisterzunft rümpften sich vor gut drei Jahrzehnten die Nase, als Kesselschmiede, Töpfer, Bäder, Tischler, Maurer, Arbeiter, 43 an der Zahl, beschlossen, eine eigene Bäckerei zu errichten. Und hohe Staatspersonen schauten mit Missbilligung über die Holzstühle hinweg, beobachteten schelmisch, was da wohl am Töpferweg vor sich gehen soll. Denn Bismarcks Liebe zum schaffenden Volk erstickte sich auch über die Republik Lübeck. Aber diese Liebe verstanden die hanseatischen Bäckereien ebenso gern zu erwidern. Sie pfiffen ihr lustiges Liedchen und freuten sich förmlich über die ersten Brötchen, die aus dem vereitl noch gepackten Backofen recht frisch herausgekommen waren. Ebenso amüsierten sich Bäckerzunft und Patrizier, als die erste Jahresrechnung der unverschämungsvollen Genossenschaft 7458 Mark Defizit aufwies. Wie konnten sich auch gewöhnliche Arbeitnehmer vermessen, als eigene Unternehmer aufzutreten! Doch kommt! Die Bäcker wurden um so ovaler, als sich das Lehrjahr der ersten Lübecker Genossenschaftspioniere ein Jahr darauf in 10 000 Mark Überschuss verwandelte, der Umsatz sich von Jahr zu Jahr steigerte, das gepackte Grundstück eigen erworben wurde und eine Mühle dazu. Schließlich erstand ein Großbetrieb, gegen den selbst die bedeutendste Brotfabrik Lübecks gewaltig abfiel.

Und heute? Da qualmen mächtige Schornsteine, da glühen ohn der modernsten Backöfen, durchkreuzen vierzehn Gepanne täglich die ganze Stadt und bringen in Hunderte von Filialen Brot für viel tausend Familien. 32 Jahre sind seitdem vergangen. Jahre mit seitig wachsendem Erfolg. Lübecks organisierte Arbeiter wussten das Produkt ihres Eigenbetriebes zu schätzen, das Genossenschaftsbrot war selbstverständlich auf ihrem Tisch, war vollwertig und peinlich sauber hergestellt. Lübecks Arbeiter trugen in der Hauptstraße dazu bei, dass sich der Umsatz im 2. Geschäftsjahr auf 261 000 Mk. steigerte, das er 1909 die erste Million überschritten und heute in der Woche auf über 13 Millionen angewachsen ist. 69 Betriebsbeschäftigte sind heute vorhanden.

Zeitungsmenschen wird guter Geruchssinn nachgesagt. Doch sieher Leser, betrifft du dein eigenes Heiligtum, da verfälschen deine schönsten Träume und du hättest mit uns Lust Zuckerbäcker zu werden, um immer und ewig die wohlsigen Dürste einzutragen, die der 1921 errichteten Konditorei entstehen. Gi, ei, solche Herrlichkeiten in Masse erstaunt du nie, so schnuppert nur der einzige Hungerleider. Ich will absichtlich nicht weiter malen. Schon um der lieben Nachsten rechts von uns nicht. Denn man denkt: die Genossenschaftsbäckerei backt Äpfel, Torten, Crepeschnitten, Käseschnitte! Und dann klagen die Menschen noch über Rot, Jawohl, der moderne Heißwasser dampföfen bringt derartige Köstlichkeiten. Und bevor sie auf die Riesenplatten geschoben werden, kontrolliert eine Knetmaschine im Teig herum wie lebendige Arme, zuckt ein Quirl blitzschnell in sauer Milche und schlägt Schaum — nein, liebes Frauen, du sagst dich vorgegeben, es reicht du es mit den schweizerischen Fingerchen nicht. Ach ja! Ich verzehre den Geusser: „Wenn man das Gute nur auch selbst geniegen könnte!“ Doch, sei zufrieden Schatz. Auch du hast einmal Geburtstag, bist bei einem Gleichgesinnten zu Gäste, und dann spaziert er dir von der „Masse“, die hier fabriziert wird,

ein oder zwei Stückchen. Bescheiden, schon der Teuerung wegen. Und sieht du, das sieht hier in der Genossenschaftsbäckerei so reichhaltig aus. Aber ist es erst in 300, 400 Filialen verteilt — weißt du, jo Sonnabends oder Sonntags —, ach, da gibt es nicht viele „Schlemmer“, die sich gütlich daran laben können. Und, wenn schon „geschlemmt“ werden soll, dann her mit dem Produkt unserer Genossenschaftsbäckerei!

Willst du auch sehen, wie unser tägliches Brot hergestellt wird? Bitte, einen Schritt weiter in den großen hellen Saal zu den weissgezückten, betriebsamen Genossen, die ohne Antreiber geschäftig sind. Fast alle seit Jahrzehnten. Lauter nette Leute, einen freundlichen Blick auch für den Neugierigen vorat. Über auf ihre Maschinen lassen sie heillos auf. Diese kennen kaum eine Pause, kehren sich nicht an „Bonzen“ posten. Geau so handelt der „Knetmeister“. Der lädt durch den weiten Rohrland ein paar Sac fein und doppelte Mehl herunter, zieht einige Eimer heißes Wasser dazu und dann runtern eiserne Arme vorwärts und kontrollieren, wühlen Wasser und Mehl in 10 Minuten zu einem Teig, den die mühsamen Arme und kräftigsten Hände nicht bewältigen könnten. Ein Hebeldruck, die Zwei, Dreizentner-Masse fällt in den Kippwagen. Der rollt an die Bieg- und Formmaschine, wölzt sich auf weiskem Tuch weiter, wird von zwei Arbeitsbrüdern aufgefangen und auf die Platte gelegt. Keine Menschenhand berührt bis hierher das weiße Brot. Kannst du dir einen gesundheitlicheren, appetitlicheren Brotzettel denken? Je 300 Bröte auf zwei Platten rollen in die 9 Oelen, in denen Nähe es „frischgebacken“ reicht und wo es unsern Genossen von der Bäckerzunft bisweilen etwas heiß wird.

Es müsste kein Arbeiterbetrieb sein, wenn nicht für die nötige Pflichtfütterung gehetzt würde. Wie für hygienische Vorlage bei der Brotbereitung sind auch sanitäre Maßnahmen für die Arbeiter geschaffen. Kalt- und Warmwasser zur äußeren Reinigung, wie zum Baden des mehlsbestäubten Körpers sind vorhanden und werden gern benutzt. Du betrifftst keinen Raum, der dir nicht durch Sauberkeit und Großzügigkeit auffällt.

*
Wir haben noch ein paar Worte über die Wirklichkeit der Genossenschaftsbäckerei zu verlieren. Und das sind folgende: Mit der Herstellung des Brotes und der Brotwaren allein war es nicht getan. Die Genossenschaftsbäckerei beeinflusste vom ersten Tage ihres Bestehens die Güte des Produktes, seinen Preis und sein Gewicht. Die Gründer der Genossenschaftsbäckerei und ihre Nachfolger waren organisierte Arbeiter und wirkten im Interesse ihrer Klassengenossen. Diese waren in Lübeck insofern wie im heiligen preußischen Reich rechtlos, unterdrückt. Sie hatten in der Hansestadt kaum einen Versammlungsort, weil die Sozialdemokraten dort vertrieben waren, ihre Lokale für die Sozialdemokraten verloren und das waren selbstverständlich die Gründer der Genossenschaftsbäckerei — herzugehen. Da war es die Genossenschaftsbäckerei, die den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in der Johannistraße ein Heim schuf. Sie kaufte Patrizierhäuser, eines nach dem anderen, schuf das Vereinshaus, errichtete den schönen Saalbau, bereitete dem kümmerlich untergebrachten verhaktten „Volkssalon“ ein wohnlich Haus und baute so den Grundstock für zweckmäßige gewerkschaftliche, genossenschaftliche und parteiprägnante Tätigkeiten. Nicht zu vergessen die Genossenschaftsbäckerei, die viele Jahre lang Freunde in die Arbeiterhäuser trug. Heute ist dieses Gewerkschaftshaus durch die Aufzähmung der Genossenschaftsbäckerei Eigentum der Gewerkschaften. deren Vertreter haben die Wirtschaftsräume neuzeitlich umgebaut, so dass sich darin heimisch und wohl fühlen kann.

Welch unerhebliche Bedeutung die Genossenschaftsbäckerei für die Bäckerarbeiter im Laufe der Jahre hatte, schaut heute bald vergessen zu sein. Trostlos war die Lage der Gesellen im Bäckergewerbe. Wohnung und Kost im Hause des Meisters, und das mit völlige Abhängigkeit war ganz und gar. 1904 wurde hier in Lübeck ein Bäckerstreik wegen Aufzähmung dieses unwürdigen Zustandes ausgefochten. Wir werden die Begeisterung der reaktionären Presse in diesem speziellen Fall am Schluss unserer Beirichtung bringen, denn sie wird heute noch, wenn auch verstohlen, auf die anderen genossenschaftlichen Unternehmungen geübt. Nebenbei gesagt: Die Genossenschaftsbäckerei war die Kraftstirn des Arbeitstudenten, in den letzten Jahren fast als Kleinigkeit aufzufassen. Wie schwer die Arbeiterschaft darum gekämpft hat, darf nicht vergessen werden.

*
Wir schreiben diese kurzen Reminiscenzen nicht zugunsten eines einzelnen Genossenschaftsbetriebes, sondern um eine kleine Erinnerung aufzufrischen, um den mühseligen, langwierigen Weg zu zeigen, den die Entwicklung nimmt. Darauf sollen Stürmer und Dränger die Jähigkeit, Beharrlichkeit erneut, die pflichtbewusste Genossen bezaubern. Kein Vorwurf nach irgend einer Seite, aber Aufforderung zur Mitarbeit, zur Tat! Es gibt für die Lübecker Arbeiterschaft kein besseres Erinnerungswerk als die Geschichte der Genossenschaftsbäckerei zum 25jährigen Bestehen. In wenig Seiten ist mit der Entwicklung dieses Betriebes die Aufwärtsbewegung des organisierten Proletariats aufgezeichnet. Namenslos ist diese Schrift. Aber lebhaft, nachlebenswert ist sie. Niemand mag es beheizen werden.

bürg-Schmerin bestehenden Zweigvereine einschließlich der Nationalsozialen Vereinigung werden für aufgelöste erklärt.

Nostalg. Für 4 Millionen Mark Kassenscheine geholt. Einbrecher entwendeten in der Mittagsstunde während des Geschäftsschlusses in der Edelmetall-Auktionsstelle von H. Boesel etwa 4 Millionen Mark in größeren Scheinen.

Güstrow. Zwei eine halbe Million für einen Bullen. Auf der Güstrower Bullen-Vorsteigerung erzielte man für das teuerste Tier einen Preis von 2.520.000 Mark. Die Mehrzahl der Tiere gärt für 300–600.000 Mark in andere Hände über; nur wenige Tiere wurden unter 300.000 Mark zugeschlagen.

Neustrelitz. Vom auten Ton und mitfühlenden Herzen. Die Neustrelitzer Landeszeitung bringt es fertig, folgenden Print aus Neubrandenburg abzudrucken:

Neubrandenburg. Die Geburt im Wartesaal. Auf unserem Bahnhof in der Wartesaal 4. Klasse schon lange so eine Art Ayl für Obdachlose, verbunden mit Wärm- und Wandschaffl. Außerdem ist dort eine viel benötigte Börse, zu deren Betrieb sich Einbrecher und Tandiebe zusammengestellt. Die größten Taug- und Hesler-Geschäfte werden da abgeschlossen. Gestern Abend fand nun die Eröffnung des Wartesaals als Frauenklinik statt. Nachmittags gegen 8 Uhr gebot dort nämlich eine Frau ein Kind. Die Hebammie erachtete eine der dort anwesenden Frauen, den Mann assistierte. Die neugierigen Zuschauer wurden lächlich von den Polizei, die hinzufam, hinausgewiesen. Die Frau wurde später mit dem Neugeborenen, das man in Emmerzlang etwas weiter nach der Geburt in Zeitungsgarantie gewischt hatte, nach dem Armenhaus überführt.

Der volltreffende Bourgeois hat ebensoviel Christentum im Herzen wie die fröhliche Neustrelitzer Zeitung. Die zum Himmel schreitende Not, die unbarmherzig aus obigen Zeilen vorhegt, ist dem Raum von Schreiber unbeherrschbar. Aber das ist die Sache, die kein freien Menschen als Gedankenmittel angemessen wird, um die Freiheit umzubringen. So denkt die ganze Welt. Das ist nicht so nach Arbeiter, die der bürgerlichen Preise die Mittel liefern, die Gemeinde öffentlich zu betreiben.

Oldenburg. Die Milchfrage in Lübeck. Wie militärisch verläuft die Beurteilung zur Deckung der verbliebenen Milch für den Landesteil Oldenburg das 30fache der Grundsteuer und das 10fache der Gewerbesteuer. Für Lübeck das 60fache der Grundsteuer und das 10fache der Gewerbesteuer für Borsigfeld das 20fache der Grundsteuer und das 10fache der Gewerbesteuer für das Jahr 1922/23. Nun liegt ein Mehrheitsantrag vor, die Landesteile Lübeck und Borsigfeld auszunehmen, bis die dortigen Landesvertretungen dazu Stellung genommen haben. Des weiteren liegt ein Mehrheitsantrag vor, auf Datum für den Landesteil Oldenburg zu erheben das 9fache der Grundsteuer und das 5fache der Gewerbesteuer für 1922/23. Des weiteren sollen nach dem Willen der Mehrheit des Unterhauses die Gemeinden mit 5 Prozent ihres Einkommensteuerabstandes vom Jahre 1920 angehoben werden. Die dann verbliebene Milchverbraucher lastet die Gemeinden in Form Beiträge der Landessteuer – der Landessteuer hängt an, die Ausgaben der Milch für die Milchverbraucher in Höhe des angeforderten Betrages. Danach tritt also eine mehrfach niedrigere Belastung sowohl des landwirtschaftlichen Grundbesitzes als auch des städtischen Gewerbes ein als ursprünglich in der Regierungsvorlage vorgesehen war. Dafür werden nun die Gemeinden in einem Teil der Kreise betroffen. Soeben beginnt, daß die Zahl der Empfänger der verbliebenen Milch herabgedrückt wird. Dieser Prozess liegt in der für soziale Maßnahmen nicht günstigen Zusammenarbeit des Landesparlaments. Nicht zuletzt in der Steueraufnahme des Rentnertums und der Demografen. Nicht ohne Bedeutung ist, daß die Zahl für die Milchverbilligung auf etwa 200.000 verzeichnet ist, in der Regierungsvorlage war die doppelte Zahl festgestellt; es kann also im Januar oder Februar erneut an diese Überschreitung angeklagt werden. Die jeweilige Anzahl der Kinder, Eltern und Waisen, die die um etwa die Hälfte verbilligte Milch erhalten, kann die Gemeinden feststellen. In den Gemeinderversammlungen wird es alle liegen, dafür zu sorgen, daß die Behörden einen möglichst großen Anteil der Rauschäger des Gelehrten erhalten. – Borsigfelder Parteileiter (Soz.) bedauerte, daß der Entwurf nicht so einfach wäre. Um die freie Lieferung glaubt er nicht.

Wohin die Lebte Ländereigentümung meldet uns dieser Freizeitredakteur? Die Verlage ihres beratig verfließt und verhindert, daß von dem Entwurf des Staatsministeriums nicht viel übrigbleiben kann. Für den Landesteil Lübeck ist die Vorlage nicht gültig, weil die Abgeordneten Jahn-Brotzke und Wiedmann-Schwarz erklärten, die Beschränkung der Landwirtschaft sei bei weitem groß, daß die Vorlage für den Landesteil Lübeck nicht Gültigkeit haben dürfe. Trotz Drucks der Abgeordneten Küh-Großeloh und Kortels-Wienhorst wurde es abgelehnt, der Vorlage für den Landesteil Lübeck Gültigkeit zu geben. Wiederum ist unter den Abgeordneten Döhm und Wiedmann bedauert, daß sie so unverständigen Beschluss erzielen werden. Damit der Bruch der Partei nicht vollständig wird, können ja diese Armen lieber verzögern. – Das Staatsministerium soll erneut werden. Maßnahmen zur Durchführung der Milchverbilligung im Rahmen der für den Landesteil Oldenburg getroffenen Verordnung nach Zustimmung des Landesparlaments sind für den Landesteil Lübeck zu treffen. Sofort ist nicht gefordert, daß für die Verordnungsberechtigten des Landesteils Lübeck erforderlichen Mengen Milch am anderen Ende zu beladen. Reaktion und Landwirtschaftsminister haben die Landwirte und Gewerbetreibenden des Landes sowie die Bürgermeister und Gemeindemeister zu einer Besprechung über die Fragen am Donnerstag nach Gutta ein.

Getreidepreisen.

Zwei Urteile über den Kämmenden. Die Deutsche Bergwerks-Zeitung, die oberster den Arbeitern und die Schriftsteller der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung zu überreichen, veröffentlicht ein Schreiben eines angeblichen Bergmannes gegen den Kämmenden, das nach der Erfüllung der Schriftleitung ein feiner gesund Naturlichkeit und Universalität hergestellt wurde. Sehr Wunderbar, denn der angebliche Bergmann, der keinen Namen nur desshalb verfälscht, weil man ihm den Spiegel entzogen habe, berichtet die Erfüllung des Kämmenden als die größte Sünde, die gemacht wurde. Damit ist fast und furchtig all das gelöst, was der klobbare Bergmann des Universalitätskämmenden gegen den Kämmenden zu haben hat. Denn dieser Bergmann kann nicht zu wollen brauchen, daß diese große Sünde im Kämmenden und mit Zustimmung der meistgelesenen Zeitung am 1. Dezember der Schriftsteller gegen Ende des Jahres 1922 gemacht wurde, so mögliche es doch die Schriftleitung jenes Universalitätskämmenden will. Den Herren dieser Schriftleitung sei der in einem anderen Urteil über den Kämmenden enthaltene Vorwurf aus Herz gelegt.

Im "Socia" und "Bauernmarkt" erschien ein Artikel "Was der sozialen Kämmen" von einem Sozialer Werkskunden. In einem der Szenen, die sich über Lebensunterhalt zwischen der Zeitung und dem Kämmenden abspielen, darf nicht auf die Kämmenden eingehen. Der Schriftsteller ausdrückt seine Meinung, die vom grünen Tisch oder vom Soja aus der Kämmenden-Zeitung als ungültig erachtet werden und den Kämmenden als Faulpelz aufzusehen, der möglichst wenig

arbeitet und viel verdienten sollte, kann nicht warm genug empfohlen werden, einmal eine Woche lang die Kämmende oder die Saatkarre in die Hand zu nehmen und acht Stunden täglich mitzuarbeiten. Dann reicht auch die märchenhaftie Bejähung, von der er in seinen Zeitungen so viel hört, vielleicht gerade, um den Hunger zu stillen, den er abends von der Arbeit mitbringt, und Zimmer und Beheizung zu bezahlen. Wie ein Staatsarbeiter, der Frau und Kinder zu Hause hat, sich durchzutragen kann, empfindet der Student nun selbst als ungeloßtes Rätsel.

Man sieht, daß die Beurteilung des Kämmenden in all den Kreisen, die täglich acht Stunden lang mehr oder minder schwere Muskelarbeit zu verrichten haben, etwas anders aussfällt, als aus den Kreisen die vom Schreibtisch aus urteilen. Wer etwa noch im Zweifel sein sollte, welche Auffassung zutreffender ist, befolge den Rat unseres Werkstudenten und mache die Probe aufs Erempl. Bedeutung ist dabei, die gleiche Lebensweise des Arbeiters zu führen, das heißt, mit dem gestellten „hohen Lohn“ auszukommen. Vielleicht machen die Herren von der Bergwerks-Zeitung den Anfang damit. Eine Woche lang. Dann sprechen wir uns wieder.

Aufschwung der freien Gemeinschaften. Die seit Mitte vorangegangenen erneut eingetretene Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gemeinschaftsbundes hat vom 2. auf das 3. Quartal d. J. weitere Fortschritte gemacht. Die rücksichtige Zusammensetzung der Mitgliederzahlen der Zentralverbände ergibt für Ende September einen Gesamtbestand von 8.135.620 Mitgliedern. Gegen den Schluss des Vorjahrs ist nach dem vorliegenden Ergebnis bisher eine Steigerung der Gesamtmitgliedszahl um 383.663 zu verzeichnen. In diesem Gewinne sind 33 Verbände beteiligt. Den numerisch und prozentual höchsten Zuwachs erreichte der Bauarbeiterverband mit 106.859 Mitgliedern. Von den größeren Verbänden hatten dann weiter Zunahmen an Mitgliedern: die Textilarbeiter 79.358, die Fabrikarbeiter 60.711, die Metallarbeiter 58.124 und die Holzarbeiter 47.595. Der Verband der Zimmerer steigerte seine Mitgliederzahl von 83.492 auf 109.378 und trat damit in den Kreis der über hunderttausend Mitgliederzählenden Verbände neu ein, der nunmehr 14 Verbände umfaßt. Der Verband der Buchbinden steht mit 89.006 Mitgliedern fast an der Grenze dieses Kreises. Bedeutungswert ist, daß mit dem Mitgliederzahl Ende September der bisherige Höchststand an Mitgliedern am Schluss des 2. Quartals 1920 mit 8.144.981 fast wieder erreicht ist. In Wirklichkeit um rund 400.000 überschritten ist, da inzwischen der Angestellerverband der in den Häftzettel mit 102.748 Mitgliedern eingeschlossen ist, aus dem ADGB ausstieß. Die Zahl der weiblichen Mitglieder steht gegen Ende September 1.758.576. Sie liegt gegen den Schluss des Vorjahrs um 60.410.

Aus aller Welt.

Stuttgarter Ueberfall. Sonnenchein normttag überfiel in der Brunnenstraße in Stuttgart ein 18-jähriges Mädchen eine Person, die sofort mit dem Schreit vom Schuhfondt abgehoben hatte. Er kam so mit einem Stock in den Rücken, trat ihr das Gold und entließ. Als die Scharfschützen der Polizei ankommt, herbeieilte Wallenstein, bestreift den Räuber, ergriff ihn und brachte solange auf ihn ein, bis er bewußtlos zusammenbrach. Der Räuber und sein Opfer wurden ins Krankenhaus gebracht.

16. Dietrichs verläßt. Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Werner Hörmann war in das Unterschirr in Waldenburg eingesperrt worden. Infolge unerträlicher Peinlichkeiten mußte der Verbrecher aber ins Knapsackslazarette überführt und operiert werden. Die Operation erzielte die überraschende Tat, daß Hörmann, um Dietrichs ins Gefängnis einzuschmuggeln, legtzt dienen verläßt.

24.000 Morgen Neuland. Die 24.000 Morgen erode Landesäcker-Niederung in der Wilmersdorf, ein früher von Sumpfen durchzogenes Gelände, ist arbar gemacht worden. Zum Glücklich der Kultivierung, an denen zwölf hessenische und zwölf provinzialdeutsche Gemeinden bereitstehen sind, wurde in der Wilmersdorf ein 140 Zentner schwerer Steinfindling entdeckt. Er trägt eine Bronzetafel mit dem Spruch: „Hannover und Sachsen hand in hand schaffen aus Sumpf hier Bauernland.“

Drei Kinder von einem Eisenbahnwagen getötet. Während auf dem Bahnhof Lübeck (Westfalen) eine Anzahl Kinder damit beschäftigt war, Wäldchen, der aus einem Eisenbahnwagon gefallen war, auszuwaschen, blieben plötzlich beim Rangieren einige andere Wäldchen auf den Wäldchen. Dabei wurden 3 Kinder überfahren und auf der Stelle getötet.

Ein mikroskopischer Demokrat. Aus Duisburg wird gemeldet: Eine hiesische Firma verfügt höchstlich ein ihre gehöriger Glashütte auf unerlässlicher Seite von seinem Interplatz in der Stadt. Nach längeren Nachforschungen wurde von der holländischen Grenze gemeldet, daß dort ein Demokrat durch sein uninteressantes Auftreten ill. Schließlich ist das Schiff in vollem Feste mit die Wettläufen aufzufesten und gestrandet. Die Besatzung ergibt die Flucht. Es handelt sich um das erwähnte Schiff. Die Crew wollte den Dammer offenbar nach Holland fahren und dort verankern.

Befreiter Wohlfahrt. Der Kaufmann und Baumeister Köters aus Jena-Mitte hatte vor Jahren keine barfüßige Heimat verlassen, um nach Amerika auszumigden. Anfang dieses Jahres kehrte er nach Sachsen zurück, wo er ohne Ausfuhrbewilligung einen ausziehenden Hafen durch Stoffe von Brillanten und Gold bestreift. Die Gegenstände brachte er wieder nach Amerika. Das Gericht rechnete den Angestellten jetzt sa einer Summe von 670.000 Mark Umlaufsteuer, einer Gefangenstrafe von sechs Wochen und 2.500.000 Mark Geldstrafe, sowie Entziehung eines Wochengeldes von 1.500.000 Mark.

Eine nordamerikanische Stadt in Flammen. Nach einer Feuerwehrfahrt aus Portland (Oregon) ist in der Stadt Astoria ein Kieferbaum ausgetrieben. Die Flammen dehnen bereits leichtes Feuerwehrleben, gerichtet und drohend, die ganze Stadt einzufäulen. Um ein weiteres Unheil teilen des Kiefers zu verhindern, wurden einzelne Stämme mit Dynamit gefeuert. Die vom Brande betroffene Stadt liegt im Westen der Union, etwa 15 Kilometer südwestlich der Mündung des Columbia-Rivers und ist als Pionierstadt bekannt.

Genossenschaften.

Sozialer Unterhaltung des Wohnungsbaus durch die Großhandelsgeellschaft Deutscher Konsumvereine. Ein geradezu unglaubliches Beispiel, wie die Wohnungsfrage am erfolgreichsten zu lösen ist, ist zu berichten die „Obersteiger Selbststimme“ vom 21. November, die Großhandelsgeellschaft Deutscher Konsumvereine für Sachsen gegeben. In Chemnitz ist ein gewaltiges Lager- und Betriebsgebäude der Großhandelsgeellschaft (Firma Wiedemann) im Bau. Zukünftig mit diesem Bauwerk hat die Leitung der Großhandelsgeellschaft elektrisch die Betriebsräume übernommen, 56 Wohnungen zu etablieren, die aber keine Betriebszwecke sind, sondern dazu die Allgemeine Bevölkerung von etablieren werden und dann Geschäftsfreizeit zu erhalten! Für diese 56 Wohnungen, in die Arbeiter und Angestellte aus der Reihe der Bevölkerung einzuziehen, hat die Großhandelsgeellschaft Deutscher Konsumvereine bis heute 15.522.000 Mark Sonderzuschüsse in der zur Verfügung gehabt! Das sind pro Wohnung 277.375 Mark! Und das, obwohl die Großhandels-

Gesellschaft noch keinen Gewinn aus Chemnitz gezogen hat, sondern eben erst in der Ansiedlung begriffen ist! Wo bleibt gegenüber diesem glänzenden Beispiel die reiche, überreiche Chemnitzer Industrie, die seit Jahrzehnten ansässig ist, die 25jährige, 50jährige und 75jährige Jubiläen feiert und in diesen langen Jahren Millionen über Millionen an Gewinnen einheimst? Auf fünf verschiedene Firmen entfallen bis jetzt ungefähr 4.700.000 Mark. Das ist alles!... Wie tiefgründig steht die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine über dieser reichen Privatindustrie! — Die Arbeiter und Angestellten mögen aus diesem Beispiel erscheinen, daß sie auf genossenschaftlichem Wege sich selbst die beste Hilfe leisten!

Usba. Morgen, Dienstag, 8 Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Versammlung. (10508)

Quittung.

Für den Pressfonds gingen ein: Vom Sparklub „Trave“ 750.— Mark. Das Parteisekretariat.

Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und ausgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Süderholter Volksboten zu beziehen.)

Allgemeines Aussehen erregte es, als Sven Hedin, der wissenschaftliche Graber von Tibet, der Hochburg Turnerstans, zum erstenmal mit einer Dichtung, der Erzählung „Tsangpo Lamas Wallfahrt“ auf den Platz trat (Leipzig, Brockhaus). Der erste Band, der den Untertitel „Die Pilger“ trägt, wurde vor Jahresfrist mit Begeisterung aufgenommen. Nun steht der zweite Band von Tsangpo Lamas Wallfahrt vor uns; er hat den Untertitel „Die Nomaden“ und trägt ein ebenso schmückendes Gewand wie der erste Band. Mit Spannung verfolgen wir die abenteuerliche Befreiung Tsangpo Lamas aus den Händen seiner Feinde. Wir sehen ihn in der großen Einlichkeit des tibetischen Hochlandes im Kampf mit den wilden Tieren unterirren, bis er endlich auf ein rettendes Nomadenzelt stößt. Diese tibetischen Nomaden sind ein merkwürdiges Völckchen, beherrscht von Aberglauben, Kühsucht und Geschäftsinne, und die ehelichen Bande die mehrere Brüder an eine oder zwei Frauen knüpfen, sind ebenso bestreitend wie der tibetische Gruß. Ueberraschend ist das reiche Tierleben. Hedin's Werk steht einzig da. Noch keiner der Forcher auf innerasiatischem Gebiet hat es unternommen, in einer Erzählung, einer Dichtung all das zusammenzufassen, was er erlebt und erfahren hat. Nicht Unterhaltung allein ist Hedin's Ziel, auch Befreiung in edelster Form. Das kannndende Werk zeichnet sich auch aus durch seinen eigenartigen Buchschmuck nach tibetischen und mongolischen Motiven. Wir möchten nicht verfehlten, darauf hinzuweisen, daß gerade „Tsangpo Lamas Wallfahrt“, sich für den Weihnachtstisch eignet wie kaum ein anderes Werk. Jung und alt werden ihre helle Freude daran haben.

Die Bauern von Siebel. Von Gustav Schröder. 299 Seiten. Kreis in Südböhmen bei Friedland bei Friedland 850 M. Verlag von Orelle & Meier in Leipzig. 1922. Ein Roman, der sich mit der Stellung des Bauern im heutigen Volkstum beschäftigt. Zwei Hände, der Rainbauernhof und der Steinbüchelhof, durch der Vater Schuld an Rande des Ruins. Beide gleich, als der Krieg ausbricht, verhüllt ist bis über die Sparren. Hermann Foch, der Steinbüchelhof, reißt sich am Tage des Friedensschlusses, die Hände: fertig, Schuldenfrei durch gemeinsamen Bucher. Auch der Rainbauernhof wird frei, aber langsam, auf geradem Wege durch die Verhältnisse, Papier für Gold. Wirtschaftlicher Aufstieg des Bauertums bis zur allgemeinen Entzündung und innerer Verfall, weil innerliches Loslösen von der Scholle.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes Lübeck u. S. 9. Dezbr. 1922

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in M.			Kleinhandelspreis für 1 Pfund in M.		
	kg	50	10	kg	50	10
Kleisch u. Fleischwaren						
Rindfleisch: Kochfleisch	600,-	600,-	380,-	Hote Beeten	15,00	18,00
Bratfleisch	600,-	700,-	450,-	Kohlrabi	15,00	16,-
Salbfleisch: Kochfleisch	550,-	450,-	300,-	Steckrüben	15,00	16,00
Bratfleisch	500,-	500,-	380,-	Coltowmer Rüben	30,00	30,00
Bratfleisch	600,-	650,-	380,-	Rhabarber	65,-	70,-
Schweinef.: Kochfleisch	700,-	800,-	600,-	Spinat	24,00	26,00
Bratfleisch	900,-	1000,-	650,-	Brotschalen, 1 Bund	10,00	11,-
Pferdefleisch: Kochfleisch	20,-	20,-	16,-	Mariolofen	14,00	15,-
Bratfleisch	220,-	250,-	200,-	Möhren, 1 Bund	14,00	12,-
Leberwurst:	800,-	1200,-	700,-	Rebischen, 1 Stöpfiel, 1 Stöpfi	—	—
I.	600,-	720,-	400,-	Obst	—	—
Reitwurst: gekochte	800,-	1200,-	600,-	Große Bohnen	—	—
gerdichtete	1200,-	1400,-	800,-			